



Niederschrift der 31. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus

Ort, Raum: Neues Rathaus, Beratungsraum "Baunatal", Markt 7 A, 06526
Sangerhausen

Datum: 04.05.2023

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzende/r

Herr Helmut Schmidt

1. Vertreter des Vorsitzenden

Frau Regina Stahlhacke

zeitweilig anwesend (19:00 Uhr)

Ausschussmitglied

Herr Holger Hüttel

Herr Klaus Kotzur

Herr Karsten Pille

Frau Kati Völkel

zeitweilig anwesend (19:00 Uhr)

Herr Frank Wedekind

zeitweilig anwesend (19:00 Uhr)

sachkundige Einwohner/-innen

Herr Matthias Redlich

Frau Iris Reiche

Ortschaftsratsmitglied

Herr Helmut Hahnas

Herr Reinhard Kupsch

Fachbereichsleiter

Herr Udo Michael

Referentin

Frau Kathrin Wagner

Gäste

Herr Olaf Wüstemann

Protokollführer/-in

Frau Lisa Marie John

Abwesend:

Ausschussmitglied

Frau Monika Rauhut entschuldigt

Herr André Reick

Herr Nico Siefke

Tagesordnung gemäß Einladung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 23.03.2023
5. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung
- 5.1. Beratung von Beschlussvorlagen zur 35. Ratssitzung am 25.05.2023 gem. Verweisung des Hauptausschusses
- 5.1.1. Zustimmung zur Vereinbarung "Nachhaltiges Mansfeld-Südharz"
- 5.2. Information der Verwaltung und Anfragen der Stadträte

Protokolltext:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Schmidt eröffnete um 17.00 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Einladung wurde form- und fristgerecht an alle Ausschussmitglieder versandt. Es waren von stimmberechtigten Ausschussmitgliedern 7 Stadträte anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Schmidt möchte aufgrund von zeitlicher Verhinderung von Herrn Wüstemann mit dem öffentlichen Teil beginnen und anschließend mit dem nicht öffentlichen Teil fortfahren.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift vom 23.03.2023

Ja- Stimmen	=	6
Nein- Stimmen	=	0
Stimmenthaltung	=	1

TOP 5 Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

TOP 5.1 Beratung von Beschlussvorlagen zur 35. Ratssitzung am 25.05.2023 gem. Verweisung des Hauptausschusses

**TOP 5.1.1 Zustimmung zur Vereinbarung "Nachhaltiges Mansfeld-Südharz"
Vorlage: BV/570/2023**

Herr Michael stellt die in Session hinterlegte Beschlussvorlage vor und geht anschließend auf die Fragen der Anwesenden ein.

Herr Hüttel sagt, dass es schade ist, dass Herr Wüstemann noch nicht da ist, da ja in der kommunalen Vereinbarung steht, dass vieles über die eigenen Stadtwerke laufen muss, weil die ja mehr oder weniger für die Energieversorgung zuständig sind.

Inwieweit hat die Stadtverwaltung eine aktuelle Liste der öffentlichen Gebäude mal geprüft, wo Photovoltaikanlagen aufgebracht werden können. Gibt es da schon eine Liste und bis wann könnte man die haben.

Herr Michael antwortet, dass die Liste sich gerade im Gebäudemanagement in der Ausarbeitung befindet. Ob die Liste schon vollständig und abgeschlossen ist, kann man leider nicht sagen, da keine Auskunft vorliegt.

Herr Hüttel fragt, ob es möglich wäre, die Liste für den Ausschuss im September einmal zu bekommen, damit über dieses Thema mal gesprochen werden kann.

Herr Michael bejaht dies.

Herr Hüttel sagt, dass man bei der nächsten Frage sicherlich auf Herrn Wüstemann warten muss. In der kommunalen Vereinbarung geht man ja davon aus, dass man in der Kommune, und auch teilweise im Landkreis, autark lebt. Jetzt weiß man, dass man ungefähr den doppelten Strom erzeugt, als der, der verbraucht wird. Das heißt ja aber, dass man Spitzen hat, die man nicht abdecken kann. Es wäre vielleicht interessant zu wissen, wie viel man an Produktion in der Stadt und Ortsteilen hat, was davon verbraucht wird und wo hat man Probleme. Man kennt aktuell keine Speicherkapazitäten.

Die andere Frage wäre, ist das Netz aktuell dazu überhaupt in der Lage die Spitzen aufzunehmen bzw. entsprechend abzugeben.

Herr Schmidt liest den ersten Satz des zweiten Absatzes der Beschlussvorlage vor und sagt, dass dies ein ganz wichtiger Satz ist, denn es muss ja jetzt mit den Kommunen, der Stadtverwaltung und dem Landkreis zusammengearbeitet und kommuniziert werden. Gibt es da in Zukunft ein Gremium, was sich da bilden wird. Es geht ja hauptsächlich darum Flächen zu suchen.

Herr Pille ist der Meinung, dass die Region ein integriertes Energiekonzept benötigt, wo alle möglichen Energiequellen eruiert werden. Erst dann kann man sagen, wie viel Fläche für welche Energiequellen benötigt wird. Das integrierte Energiekonzept muss zudem mit Fachleuten erarbeitet werden. Wenn da Bedarf ist, hat man auch einen Kontakt, mit dem man vermitteln und reden kann. Zusätzlich gibt es für die Erstellung des Konzeptes nur noch dieses Jahr eine hundertprozentige Förderung.

Herr Kotzur stimmt Herrn Pille zu und sagt, dass in dieser Richtung etwas passieren muss und soll.

Allerdings kann man noch nicht einordnen, ob man ein Schritt vor der Gesetzgebung ist oder ob man hier einen Alleingang macht, der dann nicht zum Ergebnis führt, wenn das Gesetz da ist. In der Endkonsequenz betrifft es ja die Bürgerinnen und Bürger.

Herr Schmidt sagt, dass es richtig ist, wenn man sich Kommunal zusammensetzt, um auf andere Energiequellen umzusteigen. Aber man muss auch wissen, was der Grundstückseigentümer möchte. Und dazu kann man keinen zwingen oder enteignen.

Herr Hüttel sagt, dass man es jetzt nicht ganz so schlecht reden möchte. Der Landkreis hat sich Gedanken gemacht, wie kann man gegenüber dem Land und Bund auftreten. Wenn man stärkere Möglichkeiten in der Gemeinschaft hat, bestimmte Dinge umzusetzen, ist das nicht schlecht und kann dem grundsätzlich erstmal zustimmen. Die Frage ist nur, ob es in der angegebenen Zeit machbar ist. Man muss natürlich in den einzelnen Kommunen und auch im Landkreis Arbeitsgruppen bilden, die Druck machen. Denn Innovation und Stadtwerke sind ein antagonistischer Widerspruch in Sangerhausen. Das heißt, wenn nicht der Druck aus dem Stadtrat kommt, wird nichts passieren.

Herr Schmidt weist auf die gegenwärtige Lage in Allstedt und Ufrungen hin und fügt hinzu, dass man sich das nicht einfach vorstellen kann.

Herr Redlich sagt, dass nicht ganz klar ist, welche Rechtsauswirkungen sich aus der Vereinbarung ergeben. Zudem fehlt eine Sache, die sich die Stadt vielleicht noch auf die Agenda schreiben sollte und das ist die Energielücke zwischen den Zeiträumen. Alle Maßnahmen, die in der Vereinbarung niedergeschrieben sind, füllen diese Lücke nicht unbedingt.

Für die Eigenheimbesitzer der Stadt wird es irgendwann darum gehen, dass sie einen Anteil erneuerbare Energien einbringen müssen. Da möchte man gerne der Stadt mitgeben, dass man den Prozess jetzt schon nutzen kann, um nicht nur zu schauen, welche öffentlichen Flächen kommen für die erneuerbare Energie nicht infrage. In dem Moment hätte der Hausbesitzer die Möglichkeit, es dafür auf einer anderen Fläche wieder auszugleichen. Die Bürgerinnen und Bürger sollten also auch mit einbezogen werden.

Herr Pille stimmt Herrn Redlich zu und sagt, dass man genau deswegen ein integriertes Energiekonzept benötigt, was alles umfasst.

Fragt, ob das Konzept bekannt ist, auch dass es für die Konzepterstellung Fördermittel gibt.

Herr Redlich sagt, dass die Gemeinde Südharz bereits ein Konzept in dieser Form erarbeitet.

Frau Stahlhacke fragt sich ebenfalls, was für Rechtsauswirkungen auf einen zukommen könnten und ob das Konzept auch ohne den Landkreis erstellt werden kann. Und ob man das Konzept nur umsetzen kann, wenn jede Kommune mitmacht.

Herr Schmidt sagt, dass sich alle Kommunen aus dem Landkreis beteiligen müssen. Wenn aber bereits Hettstedt, Allstedt und Südharz was in der Planung haben, muss man erst einmal auf einen Nenner kommen. Man kann auch keine Häuser in der Stadt mit denen auf dem Land vergleichen. Die Energiequellen für diese unterschiedlichen Bauten sind aufgrund der Bauweisen und des Alters unterschiedlich.

Herr Kotzur sagt, dass es ein Gesetz gibt, wo die Kommunen in der Pflicht sind ein Energiekonzept zu entwickeln. Die Vereinbarung ist also schon einmal ein Schritt in die richtige Richtung. Das funktioniert dann aber auch nur, wenn alle miteinander kommunizieren.

Es muss zudem kommuniziert werden, welche Kommune sich für welche Energiequelle entscheidet, damit es sich am Ende wirtschaftlich auch rechnet. Wie kann wo was genutzt werden.

Frau Völkel sagt, dass es schon in einzelnen Stadtgebieten zu Unterschieden kommt. Es ist nicht beschrieben wie hoch die Förderhöhe oder die Eigenanteile sind oder wer die Fördermittelanträge stellt.

Herr Kotzur stellt sich die Frage, ob man überhaupt den Grundstückseigentümer dazu zwingen kann, eine Energiequelle zu nutzen.

Frau Reiche fragt, ob an der Talsperre in Wippra eine Turbine für die Stromerzeugung eingebaut wurde. Dies war damals im Gespräch.

Herr Wüstemann antwortet, dass das Land dort was eingebaut hat.

Frau Reiche fragt, ob man das ohne weiteren Umbau erweitern kann.

Herr Wüstemann antwortet, dass sich das Land mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit darüber Gedanken gemacht hat, um das Optimalste herauszuholen.

Frau Stahlhacke fragt, da in der Vereinbarung keine finanziellen Auswirkungen für die Stadt benannt wurden, wer das dann übernimmt.

Herr Michael antwortet, dass für die Stadt keine Kosten im Sinne von städtebaulichen Maßnahmen entstehen. Die Vereinbarung dient vorerst dem gemeinsamen Auftreten für die, die Erstellung eines Energiekonzeptes zusammen mit dem Landkreis.

Herr Schmidt fügt hinzu, dass den Beschluss erstmal alle Kommunen fassen müssen. Wenn eine nicht mit macht, ist die eine auch nicht mit dabei.

Herr Redlich fügt hinzu, dass die Vereinbarung eine Signalwirkung hat und man der Vorlage zustimmen kann.

Herr Michael sagt, dass die aufkommenden Fragen bis zur Ratssitzung aufgearbeitet werden und dort die Beantwortung durch den Oberbürgermeister finden.

Herr Hüttel sagt, dass man gerne zur Ratssitzung erfahren möchte, ob sich Sangerhausen für das Förderprogramm zur Erstellung eines Konzeptes beworben hat.

Frage wie es derzeit aufgrund der Anzahl von Photovoltaikanlagen mit der Netzstabilität aussieht. Gibt es da irgendwelche Probleme oder auch Ideen, ob man beispielsweise in Ortschaften ganzen Flächen nutzt. Wie weit sind die Netze ausgebaut, um das umzusetzen, was in der Vereinbarung steht. Zu der Veranstaltung im Rosarium hat man auch einmal mit dem Geschäftsführer von der LENA gesprochen, den man für den Ausschuss im September einladen könnte. Er ist gerne bereit über Fördermittel und die damit verbundenen Möglichkeiten zu informieren.

Herr Pille fügt nochmal hinzu, dass das Förderprogramm „Bundesförderung für effiziente Wärmenetze“ heißt. Dies ist auch noch aktuell, so dass man es also nutzen könnte.

Herr Hüttel fragt, ob Herr Wüstemann die Vorlage kennt, weil es wichtig ist, dass die Stadtwerke der Kommunen, die das am Ende auch umsetzen müssen, kennen.

Herr Wüstemann ist sich sicher, dass die Kommunikation zwischen der Stadt und den Stadtwerken erfolgen wird, um das Bestmögliche in die Umsetzung zu bringen. Sowohl für die Stadt, als auch für die Ortsteile. Für die Energiewende allgemein müssen noch viele Dinge bedacht werden, um es letztendlich auch in die Umsetzung zu bringen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage BV/570/2023

Ja- Stimmen	=	7
Nein- Stimmen	=	0
Stimmenthaltung	=	0

TOP 5.3 Information der Verwaltung und Anfragen der Stadträte

Frau Reiche fragt, wann die Bänke in Lengefeld auf dem Friedhof wieder aufgestellt werden.

Herr Michael nimmt dies zur Kenntnis und gibt den Auftrag an den Bauhof weiter, die die Bänke wieder aufstellen sollen.

Herr Hüttel fragt, was die Machbarkeitsstudie „Erlebniszentrum Rose“ finanziell alles beinhaltet.

Frau Wagner antwortet, dass für die inhaltliche Betreuung der Machbarkeitsstudie „Erlebniszentrum Rose“ die Rosenstadt Sangerhausen GmbH zuständig ist, Herr Grünberg in Person. Die Stadt hat die Beantragung durchgeführt. Das Projekt müsste demnächst zum Abschluss gebracht werden. Das Referat Wirtschaftsförderung ist mit der Recherche von Fördermöglichkeiten beauftragt worden, die eine Realisierung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie ermöglichen.

Herr Hüttel fragt, ob es keine Kenntnis darüber gibt, Strukturwandelmittel in der Planung mit einfließen zu lassen.

Frau Wagner antwortet, nach Ihrer Kenntnis nicht, da Sangerhausen schon einen großen prozentualen Anteil an Strukturmitteln durch die eingereichten Anträge binden wird.

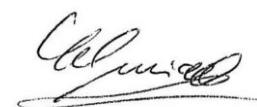
Herr Kotzur fügt hinzu, dass man aufpassen muss und nicht alle Mittel in den Strukturwandel setzen soll. Es gibt auch andere Förderprogramme, die man nutzen kann.

Herr Schmidt hatte Kontakt mit Herrn Grünberg und möchte damit gleich anmerken, dass man ihn für den nächsten Ausschuss gerne einladen möchte.

Herr Schmidt, der Ausschussvorsitzende, beendete um 19:30 Uhr die Sitzung.

Das Protokoll wurde nach Bandaufnahme gefertigt.

Lisa Marie John
Protokollführerin



Helmut Schmidt
Vorsitzender